

Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Bau und Stadtentwicklung

am Dienstag, 11.02.2020

im Mehrzweckraum des Hauses Am Kumpen 1-3, Steinau an der Straße

Sitzungsbeginn: 19:30 Uhr

Sitzungsende: 20:28 Uhr

Stimmberechtigte Stadtverordnete: 5

davon anwesend: 5

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung um 19:30 Uhr. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest. Einwände gegen die Einladung und Tagesordnung werden nicht erhoben.

1. Neubau Kita Märchenwald Nachprüfungsverfahren vor der Vergabekammer des Landes Hessen hier: Vergleichsvorschlag

Bürgermeister Uffeln erläutert den Sachverhalt und verliest den Vermerk der Vergabekammer des Landes Hessen vom 15.01.2020 gem. Vorlage.

Sonja Senzel fragt, wer entschieden habe, dass ein „1-stufiges Verfahren“ in Gang gesetzt wird, damit die haftungsrechtliche Frage geklärt werden kann.

Bürgermeister Uffeln gibt zu Protokoll, dass - wenn dem Vergleichsvorschlag nicht gefolgt wird - ein Verfahren vor dem Landgericht folgen wird, wofür weitere Kosten entstehen.

Ewald Mattheis gibt zu Protokoll, dass die Frage von Frau Senzel durch den Bürgermeister nicht beantwortet wurde.

Frau Senzel gibt zu Protokoll, dass die Frage offenbleibt, ob geprüft wurde, die zuständige Architektin für deren angeblich falsche Auskunft in Regress zu nehmen.

Bürgermeister Uffeln erläutert, dass abschließende Gespräche mit dem Hessischen Städte- und Gemeindebund hinsichtlich der haftungsrechtlichen Fragen noch nicht stattgefunden haben.

Frau Senzel stellt folgenden weitergehenden Änderungsantrag:

„Der Magistrat wird beauftragt, bei der Rechtsanwaltskanzlei Arnecke Sibeth Dabelstein im Hinblick auf den noch bestehenden Beratungsbedarf auf eine Fristverlängerung hinzuwirken und im Rahmen der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses das Ergebnis der Gespräche mit dem Hessischen Städte- und Gemeindebund vorzulegen sowie über das Ergebnis der Prüfung im Hinblick auf mögliche Haftungsansprüche zu berichten.“

Beschluss:

Der Ausschuss für Bau und Stadtentwicklung empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Magistrat wird beauftragt, bei der Rechtsanwaltskanzlei Arnecke Sibeth Dabelstein im Hinblick auf den noch bestehenden Beratungsbedarf auf eine Fristverlängerung hinzuwirken und im Rahmen der nächsten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses das Ergebnis der Gespräche mit dem Hessischen Städte- und Gemeindebund vorzulegen sowie über das Ergebnis der Prüfung im Hinblick auf mögliche Haftungsansprüche zu berichten.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 5

Nein-Stimmen: 0

Enthaltungen: 0

einstimmig angenommen

Die Sitzung wird um 20:28 Uhr geschlossen.

Der Vorsitzende

Die Schriftführerin